	A	B	C	D	E	F	G	H
1	**Antragstitel**	**Interfraktionell mit**	**Seite im HH-Plan**	**Teilhaushalt**	**Produktbereich bzw. Investive Maßnahme**	**Betrag € 2017**	**Betrag € 2018**	**Begründungstext**
2	Kommunale Entwicklungspartnerschaft - Bildungsarbeit Dritte Welt - Rücknahme der Kürzung		28	1000	11/1114	10.000	10.000	Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit der "Aktion Partnerschaft Dritte Welt e. V." will vor allem Kinder und Jugendliche über Kinderarbeit und die Ungerechtigkeiten im Welthandel aufklären sowie über Möglichkeiten informieren, diesen gegenzusteuern, z.B. durch Fairen Handel. Dies erfolgt zum einen durch Unterricht im Weltladen, zum anderen durch das Angebot von Unterrichtsmaterialien. Damit werden Ansätze angeboten, sich für gerechten Welthandel einzusetzen und den eigenen Konsum entsprechend umzugestalten. Dabei können die eingesetzten Mittel eine erhebliche Hebelwirkung entfalten. Um diese wichtige Arbeit auch in Zukunft zu ermöglichen, fordern wir, die Kürzung zurückzunehmen.
3	Informations- und Motivationskampagne für die Einführung einer nachhaltigen Essensversorgung (Bioanteil in Kantinen und Mensen)		137	3100	56/5610-310	10.000		Mit der Einführung der nachhaltigen Essenversorgung mit Bioanteil an den Schulen, Kitas und Horten sowie künftig an den Kantinen werden wichtige Ziele der Stadt verfolgt, so z. B. Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen, kommunale Gesundheitsförderung sowie die Entwicklung und Umsetzung von Strategien zur Verbesserung der gesundheitlichen Bedingungen (s. S. 136 Haushaltsplan). Um die Eltern, Schulen und Kitas sowie die interessierte Öffentlichkeit über die nachhaltige Essensversorgung zu informieren und dafür zu gewinnen, wird von der Stadt in der Beschlussvorlage „Nachhaltige Essensversorgung bei der Stadt Karlsruhe“ in der Gemeinderatssitzung am 26.04.2016 eine Motivationskampagne empfohlen. Die Kosten für die Motivationskampagne sind mit 30.000 € zu veranschlagen. Es erscheint uns möglich und sinnvoll, die Mittel dafür weitgehend durch Umschichtungen in den Dezernaten zu gewinnen, so dass statt 30.000 € nur 10.000 € beantragt werden.
4	Kooperation von Umweltverbänden mit Karlsruhe Schulen		139	3100	56/5610-310	20.000	20.000	Das Kooperationsprogramm „Schule und Umwelt“ im Rahmen von Nachmittagsbetreuung erfreut sich großer Beliebtheit. Als Kooperationspartner stehen folgende Verbände und Vereine zur Verfügung: BUND, NABU, ARUM, Oberrheinische Waldfreunde und Waldpädagogik. Die Schwerpunkte sind bislang „Natur erleben und gestalten“ und gesunde Ernährung. Vor allem an den Ganztagsgrundschulen und bei der flexiblen Nachmittagsbetreuung steigt der Angebotsbedarf ständig an, so dass die Mittel bei weitem nicht mehr ausreichen. Neben den beiden anderen Kooperationsprogrammen „Schule-Kultur“ und „Schule-Sport“ sollten die Kooperationen Schule-Umweltverbände ein stärkeres Standbein als bisher werden.

	A	B	C	D	E	F	G	H
1	**Antragstitel**	**Interfraktionell mit**	**Seite im HH-Plan**	**Teilhaushalt**	**Produktbereich bzw. Investive Maßnahme**	**Betrag € 2017**	**Betrag € 2018**	**Begründungstext**
5	Umweltschutz/Umweltthemen im Unterricht		139	3100	56/5610-310	20.000	20.000	Das Programm „Umweltthemen im Unterricht“ zur umweltpädagogischen Unterstützung der Karlsruher Schulen wird sehr stark von allen Schularten (Grund-, Real- und Werkrealschulen, Gymnasien, Förderschulen und Berufliche Schulen) nachgefragt. Themenschwerpunkte waren bislang: Natur erforschen, erleben und Gestalten; Umweltthemen zu Plastik, Recycling, Klimaschutz, Fairer Handel und Gesundheit. Das Programm ist sehr stark überbucht. Bereits nach wenigen Monaten sind die Mittel für das ganze Jahr ausgeschöpft. Wegen des hohen Stellenwerts der Umweltbildung unserer SchülerInnen wollen wir die Mittel für das Programm um 20.000 € jährlich erhöhen.
6	Städtischer Fonds für Tierarztkosten - Erhöhung der Mittel		151	3200	1226-320	30.000	30.000	Die derzeitig stark reduzierten Mittel von 90.000 €/ Jahr auf nur noch 30.000 €/Jahr sind bei weitem nicht ausreichend, um den Bedarf ehrenamtlicher Tierschutzorganisationen für Tierarztkosten, Kastrationen und die Unterbringung erkrankter und herrenloser Tiere zu decken. Karlsruhe hat durch die Eindämmung verwilderter und unterernährter Populationen und starke präventive Kastrationsarbeit einen hohen Tierschutzstandard erreicht und kämpft im Gegensatz zu anderen deutschen Kommunen nicht mit einer Belastung von Wohngebieten und Stadtteilen durch Streunerpopulationen. Durch eine drastische Reduzierung des Tierschutzfonds würden wichtige Strukturen im ehrenamtlichen Bereich zerschlagen. Vereine, wie der Katzenschutzverein e.V. oder die Katzenhilfe e.V., die durch eine reine Spendenfinanzierung deutlich an ihre Grenzen stoßen, haben im Jahr 2015 belegte Anträge im Umfang von über 230.000 € eingereicht. Auch das Tierheim Karlsruhe bezieht Mittel zur Kastration von Tieren aus dem Fonds. Zudem wurden auch Mittel an Organisationen vergeben, die keinen Antrag gestellt hatten, aber von der Stadt als berechtigte Entschädigungsempfänger beurteilt wurden (z.B. Tierrettung NBB, Falknerei Karlsruhe, Gnadenhof für Tiere e.V. ...). Eine Aufstockung ist daher dringend notwendig, um das wichtige ehrenamtliche Engagement zu unterstützen. Die Mittel des Fonds sind dabei ausschließlich zur finanziellen Entlastung ehrenamtlicher Tierschutzarbeit vorgesehen.
7	Sportförderung - Kooperation Schule - Sportvereine - Erhöhung der Mittel		179	4000	42/4210-400	20.000	20.000	Bislang waren die Mittel für die Kooperationen der Schulen mit Sportvereinen mit 150.000 € gerade noch ausreichend. Jetzt soll die bisherige Förderung um 20.000 € reduziert werden. Es hat sich aber gezeigt, dass durch den Ausbau der Ganztagsschulen und der flexiblen Nachmittagsbetreuung der Bedarf weiter steigen wird. Eine Kürzung der Mittel in dieser Situation ist deshalb nicht vertretbar. Dazu kommt, dass die Sportverbände immer deutlicher darauf aufmerksam machen, dass die sportmotorische Entwicklung der Grundschulkinder immer unzureichender wird und deshalb die sportlichen Aktivitäten der Schülerinnen und Schüler verstärkt werden müssen. Wir beantragen, dass deshalb die bisherige Förderung mit 150.000 Euro fortgesetzt wird.

	A	B	C	D	E	F	G	H
1	**Antragstitel**	**Interfraktionell mit**	**Seite im HH-Plan**	**Teilhaushalt**	**Produktbereich bzw. Investive Maßnahme**	**Betrag € 2017**	**Betrag € 2018**	**Begründungstext**
8	Kinemathek Karlsruhe e.V.	KULT	205	4100	28/2810-410	50.000	50.000	Die Kinemathek zeigt ein Filmprogramm, das in den üblichen kommerziellen Kinos nicht zu sehen ist und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt in Karlsruhe. Die Zuschauerzahlen in den letzten Jahren waren jedoch nicht zufriedenstellend, ebenso mangelte es an Marketingstrategien. Unter neuer Geschäftsführung will die Kinemathek ab 2017 neue Zielgruppen und Formate erschließen. Hierfür wurde ein umfangreiches Konzept erarbeitet, das auch deutlich erweiterte Marketingmaßnahmen vorsieht. Die Umsetzung dieses Konzepts erfordert eine deutliche Zuschusserhöhung, bietet aber auch die Chance, das Kulturgut „Film“ in Karlsruhe stärker zu verankern. Unter der Voraussetzung, dass von der zuständigen Fachstelle, dem Kulturamt, die Zukunftsfähigkeit des Konzepts positiv beurteilt wird, beantragen wir daher die Zuschusserhöhung (Sperrvermerk für 2017 und 2018).
9	Karlsruher Gespräche - Kofinanzierung auch für 2018		205	4100	28-2810		20.000	In ihrem 20-jährigen Bestehen haben die „Karlsruher Gespräche“ wichtige gesellschaftspolitische Akzente in Karlsruhe gesetzt, oft zu hochaktuellen Themen. Durch diese Aktualität wie auch die hochkarätigen Referenten finden die „Karlsruher Gespräche“ großen Zuspruch bei den Bürgerinnen und Bürgern. Derzeit bemühen sich die Organisatoren um einen neuen Hauptsponsor. Unter der Voraussetzung, dass das KIT die Personalkosten und ein neuer Sponsor große Teile der finanziellen Mittel erbringt, beantragen wir den Fortbestand der städtischen Förderung über 2017 hinaus (daher mit Sperrvermerk für 2018).
10	Zuschuss Kindermalwerkstatt	KULT		4100	27	40.000	40.000	Nach der aufgekündigten Kooperation der Kindermalwerkstatt mit der Volkshochschule steht das beliebte und seit Jahren etablierte Bildungsangebot vor dem Aus. Eltern und Kinder schätzen das pädagogische Konzept und die qualitativ hochwertige Arbeit der Kindermalwerkstatt. Vor allem die Ferienangebote der Kindermalwerkstatt sind ein wichtiger Bestandteil der Betreuungsmöglichkeiten von Schulkindern innerhalb der Ferien. Das niederschwellige Angebot für Kinder aus allen Schichten zeichnet sich zudem durch die flexible Kursbindung und geringe Kosten für die Eltern aus. Die Personal- und Sachkosten der Kindermalwerkstatt können allein aus den Einnahmen durch die Kursgebühren nicht beglichen werden. Die Kindermalwerkstatt bemüht sich intensiv um Spenden und Drittmittel von privater Seite, um die fehlenden Mittel zu kompensieren. Um das Angebot der Kindermalwerkstatt erhalten zu können, benötigt sie eine Unterstützung durch die Stadt Karlsruhe mit einem jährlichen Betrag von 40.000 Euro. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

	A	B	C	D	E	F	G	H
1	**Antragstitel**	**Interfraktionell mit**	**Seite im HH-Plan**	**Teilhaushalt**	**Produktbereich bzw. Investive Maßnahme**	**Betrag € 2017**	**Betrag € 2018**	**Begründungstext**
11	SozPädAl - Wohnraum nachhaltig pflegen - Rücknahme der Kürzung	KULT	237	5000	31/3160-500	2.760	2.760	SozPädAl führt sozialpädagogische Projekte durch, um sozial benachteiligte Personen und Personengruppen zu fördern. Dabei geht es v. a. um Menschen, die vom öffentlichen Hilfesystem nicht oder nicht ausreichend erfasst werden. SozPädAl arbeitet im Bereich der Wohnungslosenhilfe und der Jugendhilfe. Die Aktivitäten von SozPädAl gehen über die reine Wohnraumakquise weit hinaus. Der Verein stellt durch Untervermietung Wohnraum für Menschen zur Verfügung, die auf dem freien Wohnungsmarkt keine Chance haben und eröffnet damit den Betroffenen Auswege aus der Perspektivlosigkeit. Der Fokus bei diesem Projekt steht auf den Wohnungserhalt, in der Regel für Wohnungslose, die intensivere Formen des Betreuten Wohnens bereist durchlaufen haben und weitere Begleitung bedürfen. Dies wollen wir auch weiterhin unterstützen. Daher lehnen die antragstellenden Fraktionen die vorgesehene Kürzung der städtischen Zuschüsse für SozPädAl ab.
12	Frauenhaus Karlsruhe eV. - Beratungsstelle Haus 13		238	5000	31/3160-500	7.590	7.590	Der „Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder e.V.“ ist sowohl Träger des eigentlichen Frauenhaus, in dem schutzsuchende Frauen wohnen können, wie der Beratungsstelle Haus 13. Das Frauenhaus wird über Tagessätze finanziert, die Frauenberatungsstelle dagegen nicht. Sie wäre von den im Rahmen der Haushaltskonsolidierung geplanten Kürzungen betroffen. Schwerpunkte der Beratung sind: • die praktische und psychosoziale Begleitung der Frauen und ihrer Kinder, die das Frauenhaus wieder verlassen haben • Hilfe für misshandelte Frauen • Beratung bei Stalking • Beratung in türkischer Sprache Besonders bemerkenswert in Richtung präventiver Arbeit ist das Angebot als Clearingstelle und Soforthilfe für Frauen und Kinder. In enger und gut eingespielter Zusammenarbeit mit der Polizei wird die Beratungsstelle sofort bei häuslicher Gewalt informiert, sodass die betroffenen Frauen zeitnah angerufen werden. Die Frauen werden über Möglichkeiten der kostenlosen Beratung informiert, außerdem bietet man Kontakt zu den Kindern an. Ziel dieses präventiven Ansatzes ist es, den Kindern schnell Unterstützung anzubieten, die erlebte Gewalt zu verarbeiten. Bei einer Kürzung müssten viele Frauen abgewiesen werden oder man müsste das Kinder-Projekt kürzen. Ein wesentlicher Teil vor allem der Rechtsberatungen findet ehrenamtlich statt, mehr ist nicht zumutbar. Wir wenden uns gegen eine Kürzung des betriebswirtschaftlichen Zuschusses, da wir Beratung und präventive Arbeit für Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen sind, für eine wesentliche Aufgabe der Stadt halten

	A	B	C	D	E	F	G	H
1	**Antragstitel**	**Interfraktionell mit**	**Seite im HH-Plan**	**Teilhaushalt**	**Produktbereich bzw. Investive Maßnahme**	**Betrag € 2017**	**Betrag € 2018**	**Begründungstext**
13	Diakonisches Werk - Beratungsstelle für Prostituierte	CDU, SPD. KULT, FDP	238	5000	31/3180-500	5.917	31.441	Seit Juli 2014 gehört zum Beratungsangebot des Diakonischen Werks Karlsruhe auch eine Beratungsstelle für Prostituierte. Zielgruppe sind zunächst Frauen, die auf der Straße arbeiten; mittelfristig soll das Angebot auch Frauen in Etablissements, Laufhäusern oder Clubs offenstehen. Derzeit arbeiten nach Angaben der AG Rotlicht schätzungsweise 250 bis 300 Frauen in Karlsruhe als Prostituierte. Viele Prostituierte auf der Straße sind kaum über Themen wie Versicherungs- und Rechtsfragen informiert und haben nicht regelmäßig Zugang zu medizinischen Angeboten. Die Beratungsstelle sucht gemeinsam mit den Prostituierten nach würdevollen und gesunden Arbeits- und Lebensbedingungen. Sie stärkt den betroffenen Frauen den Rücken und zeigt alternative Lebensperspektiven auf. Zur Zeit wird die Beratungsstelle von „Aktion Mensch“ mit gefördert. Diese Förderung ist degressiv, um dies zu kompensieren, muss der städtische Zuschuss progressiv steigen. Die beantragten Fördermittel für 2017 und 2018 sind die Differenzbeträge zwischen den bereits eingestellten Mitteln (37.150 €) im Doppelhaushalt und dem benötigten Betrag. Das Diakonische Werk unterrichtet die Stadtverwaltung, falls eine weitere Förderung durch „Aktion Mensch“ erfolgen sollte.
14	Einsparungen bei den Kosten für Hotelunterbringungen		238	5000	31	-70.000	-70.000	Im Haushaltsplan der Stadt Karlsruhe werden für "Belegungsvereinbarungen mit Hotels" in jedem Jahr erhebliche Mittel eingestellt. Trotz der hohen Kosten bietet eine Hotelunterbringung den Betroffenen, insbesondere Familien, nicht die gleiche Hilfe wie eine Wiedereingliederung in normalen Wohnraum. Das Hauptinteresse der Stadt Karlsruhe sollte darin bestehen, Hotelunterbringen aus finanziellen, aber auch aus sozialen Gründen möglichst zu vermeiden. Die GRÜNE Fraktion geht davon, dass durch eine zusätzliche Personalstelle beim Programm "Wohnraumakquise durch Kooperation"(siehe der entsprechende Haushaltsantrag), Einsparungen bei der Hotelunterbringung in mindestens der Höhe der Personalkosten zu erreichen sind und beantragt daher, diesen Haushaltsansatz entsprechend zu reduzieren.
15	Erhöhung des Mietkostenzuschusses für Selbsthilfegruppe Familienkreis e.V.	SPD, LINKE	238	5000	31-3160	470	470	Die Selbsthilfegruppe Familienkreis e. V. ist eine Institution für Alkoholabhängige mit derzeit 100 Mitgliedern, die seit 1970 besteht. Durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit ermöglicht die SHG vielen Menschen wieder ein selbstbestimmtes Leben. Die SHG erhält von der Stadt Karlsruhe seit langem einen Mietkostenzuschuss in Höhe von 10.368,48 €. Durch die Erhöhung von Nebenkosten ist die Miete auf 10.838,04 € gestiegen. Die SHG bittet nun um eine Erhöhung des Mietkostenzuschusses von 470 € im Jahr.

	A	B	C	D	E	F	G	H
1	**Antragstitel**	**Interfraktionell mit**	**Seite im HH-Plan**	**Teilhaushalt**	**Produktbereich bzw. Investive Maßnahme**	**Betrag € 2017**	**Betrag € 2018**	**Begründungstext**
16	Nichtsesshaftenhilfe durch SozPädAl (TafF, BoW, Fachberatungssstelle, inkl. ehem. LWB-Anteil u. Kompensation ESF) Rücknahme der Kürzung	KULT	241	5000	31/311007-500	21.210	21.210	SozPädAl führt sozialpädagogische Projekte durch, um sozial benachteiligte Personen und Personengruppen zu fördern. Dabei geht es v. a. um Menschen, die vom öffentlichen Hilfesystem nicht oder nicht ausreichend erfasst werden. SozPädAl arbeitet im Bereich der Wohnungslosenhilfe und der Jugendhilfe. Die Aktivitäten von SozPädAl gehen über die reine Wohnraumakquise weit hinaus. Der Verein stellt durch Untervermietung Wohnraum für Menschen zur Verfügung, die auf dem freien Wohnungsmarkt keine Chance haben und eröffnet damit den Betroffenen Auswege aus der Perspektivlosigkeit. Dies wollen wir auch weiterhin unterstützen. Daher lehnen die antragstellenden Fraktionen die vorgesehene Kürzung der städtischen Zuschüsse für SozPädAl ab.
17	Straßensozialarbeit - Erhöhung um eine halbe Personalstelle		248	5000	36/3620	30.000	30.000	In der Südstadt hat sich die Situation im öffentlichen Raum in einer Art und Weise verändert, die von vielen Bürgerinnen und Bürgern als unzumutbar erlebt wird. Dieser Eindruck hat sich bei der Bürgerversammlung am 14. September deutlich manifestiert und wird durch Vororterkundungen der GRÜNEN Fraktion bestätigt. Bereits jetzt trägt Streetwork wesentlich zur Stabilisierung des sozialen Miteinanders in der Südstadt bei, stößt dabei aber an Kapazitätsgrenzen. Damit die soziale Arbeit des Diakonischen Werks noch intensiver und zeitlich ausgedehnter wirken kann, wird der zusätzliche Einsatz von Streetwork für die Südstadt im Umfang einer halben Stelle beantragt.
18	Pro Familia, Ehe- und Beratungsstelle - Erhöhung Betriebskostenzuschusses	CDU, SPD	251	5000	36/3630	4.775	4.775	Pro Familia, Deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung e.V., ist ein gemeinnütziger, konfessionell und politisch unabhängiger Verband. Er tritt für das Recht auf selbstbestimmte Sexualität und Fortpflanzung, auf selbstbestimmte sexuelle Orientierung, Identität und für sexuelle und reproduktive Gesundheit ein. Für die von Pro Familia seit langen genutzten Räume im Innenstadtbereich wurde die Miete stark erhöht. Als Beratungsstelle ist Pro Familia darauf angewiesen, gut erreichbar zu sein, was am bestehenden Standort gewährleistet ist. Angesichts der Situation auf dem Karlsruher Immobilienmarkt ist es nicht realistisch, dass geeignete Räume zu günstigeren Bedingungen gefunden werden können. Die Mieterhöhung würde ohne Ausgleichszahlung durch die Stadt die Arbeit von Pro Familia gefährden. Es wird daher beantragt, den Zuschuss an Pro Familia um die von dieser als erforderlich genannten Summe von 5.000 € zu erhöhen, abzüglich einer 4,5%igen Kürzung, wie sie im Rahmen der Haushaltsstabilisierung auf den gesamten Betriebskostenzuschuss angewandt wurde.
19	Mittelübertragbarkeit Gesamtkonzept Arbeit	CDU, SPD, KULT, FDP	257	5000	57-7510			Im Gesamtkonzept Arbeit unterliegt insbesondere die kommunale Arbeitsförderung für Langzeitarbeitslose großen Schwankungen. Um nicht verbrauchte Restmittel zielgerichtet, flexibel und bedarfsgerecht und der jeweiligen Entwicklung am Arbeitsmarkt entsprechend einzusetzen, beantragen wir eine Mittelübertragbarkeit.

	A	B	C	D	E	F	G	H
1	**Antragstitel**	**Interfraktionell mit**	**Seite im HH-Plan**	**Teilhaushalt**	**Produktbereich bzw. Investive Maßnahme**	**Betrag € 2017**	**Betrag € 2018**	**Begründungstext**
20	Beförderungsdienst für Menschen mit Behinderung: Flexibilisierung der Fahrten innerhalb eines Jahres	CDU, KULT, FDP	328	5000	31 / 3180-500			Die quartalsweise zugeteilten Freifahrten sollen ganzjährig genutzt werden können. Dann stände den Zuschussempfängern frei, wann sie die Fahrten innerhalb eines Kalenderjahres nutzen. So könnten z. B. Zuschussempfänger, die im Sommer gerne den ÖPNV nutzen, aber aufgrund ihrer Behinderung im Winter schneller auskühlen, mehr Fahrten in den kalten Monaten in Anspruch nehmen. Auch eine Häufung von Fahrten aufgrund zeitweiser Intensivierung von Therapieangeboten oder gesundheitlicher Einschränkungen ließe sich so über das Jahr kompensieren. Diese Maßnahme wäre nicht mit Mehrausgaben verbunden. Weitere Begründung erfolgt mündlich.
21	Erhöhung der Mittel für "Leichte Sprache"			5000		3.000	3.000	Seit 26. März 2009 ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in Deutschland gültig. Sie ergänzt und präzisiert die bereits bestehenden Menschenrechtskonventionen unter dem besonderen Blickwinkel von Menschen mit Behinderung. Die mit der UN Behindertenrechtskonvention verbundenen Ziele und Inhalte sollen auf allen politischen und regionalen Ebenen erreicht werden. Informationen der Stadt Karlsruhe sollten daher barrierefrei gestaltet und in „Leichter Sprache“ verfasst werden, damit diese auch gleichberechtigt von Menschen mit Behinderung genutzt werden können. „Leichte Sprache“ soll die selbstständige Informationssuche und damit Selbstbestimmung von erwachsenen Menschen verbessern, die aus unterschiedlichen Gründen, vorübergehend oder dauerhaft, Probleme mit einem komplexen Satzbau haben und Fremdwörter nicht verstehen.Die Einführung der „Leichten Sprache“ erfolgte in Karlsruhe auf Antrag der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion im Jahre 2013. Seither wurden z. B. im Sozialamt oder Ordnungsamt Formulare in leichter Sprache herausgegeben, die nicht nur kognitiv eingeschränkten Personen zu Gute kommen, sondern auch denen, für die Deutsch nicht die Muttersprache ist. Die Mittel für 2016 in Höhe von 5.000 € waren bereits kurz nach Mitte des Jahres verbraucht. Die GRÜNE Fraktion beantragt daher eine Aufstockung um 3.000 € jährlich, damit Formularen und Broschüren in „Leichter Sprache“ bedarfsgerecht bereit gestellt werden können.
22	Wohraumakquise durch Kooperation - Ausweitung um eine Planstelle			5000				Einen entscheidenden Beitrag zur Rückkehr von wohnungslosen Menschen in die Mitte der Gesellschaft leistet das kommunale Programm „Wohnraumakquise durch Kooperation“. Es ist ein Angebot zum Erwerb von Belegrechten bei privaten Vermieter*innen. Die Stadt erhält Wohnraum für Menschen in Wohnungsnot, die Vermieter*innen erhalten Sicherheit im Mietverhältnis. Eine unkomplizierte Zuschussabwicklung, zeitlich begrenzte Mietausfallgarantien, feste Ansprechpartner für die Vermieter sowie sozialarbeiterische Unterstützung der Bewohner*nnen sind die Bausteine des Programms. Angesichts des steigenden Bestandes von Akquisewohnungen und der Notwendigkeit, weitere Wohnungen zu akquirieren, beantragt die GRÜNE Fraktion die Aufstockung des Personals um eine Stelle.

	A	B	C	D	E	F	G	H
1	**Antragstitel**	**Interfraktionell mit**	**Seite im HH-Plan**	**Teilhaushalt**	**Produktbereich bzw. Investive Maßnahme**	**Betrag € 2017**	**Betrag € 2018**	**Begründungstext**
23	Karlsruher Wohnungsbauförderungsprogramm (KaWoF): Erhöhung auf ursprüngliche Summe	CDU, SPD, KULT	295	6200	52-5220	3.000.000	3.000.000	Für die Stadt Karlsruhe gehört es zu den zentralen Aufgaben in den nächsten Jahren bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen. Daher sollten auch bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus keine Abstriche gemacht werden. Das Karlsruher Wohnungsbauförderungsprogramm (KaWoF) leistet hier als Komplementärförderung einen wertvollen Beitrag. Die Mittel wurden von 5 Mio. Euro auf 2 Mio. Euro gekürzt. Wir beantragen die Mittel für KaWoF in voller Höhe beizubehalten.
24	Tiefbau/Radwege/Erhöhung der Mittel		328	6600	7.661005 Gemeindestraßen, Radwege	300.000	300.000	Das 20-Punkte-Programm zur Förderung des Radverkehrs sollte möglichst bald umgesetzt werden, um die Marke von 30 % Radverkehr bis 2020 tatsächlich zu erreichen. Die geplante Höhe der Mittel für Radwegebau von 1 Mio. € pro Jahr passt nicht zu dieser Zielsetzung, denn es gibt noch viel zu tun, bis Karlsruhe wirklich fahrradfreundlich ist. Die Umsetzung sollte deutlich schneller als bisher vorankommen. Deshalb sollten wieder jährlich 1,3 Mio. € für Baumaßnahmen zur Verbesserung von Radrouten zur Verfügung stehen, wie es in früheren Jahren der Fall war.
25	Tiefbau - Projekt "Lichtplan" - Weiteren Fächerstrahl vorerst nicht realisieren		334	6600	7.661.025	-200.000		Das Projekt Fächerstrahlen ist bei einem Teil der Bevölkerung durchaus beliebt. Aber es ist für die kommenden Jahre eine Knappheit bei den Finanzen absehbar, so dass wir uns auf die für die Daseinsvorsorge notwendigen Maßnahmen beschränken müssen. Dazu gehört die Ausstattung der Fächerstrahlen mit Kacheln nicht. Deshalb wollen wir das auf eine Zeit verschieben, in der es der Stadt finanziell wieder besser geht.
26	Herrenalber Straße - Mit Umbau bereits im Jahr 2017 beginnen		526	6600	7.663.013	2.000.000	1.500.000	Die Herrenalber Straße wurde auf GRÜNEN Antrag hin bereits in Richtung stadtauswärts um eine Spur reduziert, um überhöhte Geschwindigkeiten zu verringern und damit die Lärmbelastung der AnwohnerInnen zu reduzieren. Untersuchungen haben gezeigt, dass dieses Ziel tatsächlich erreicht wurde, und zwar ohne wesentliche Beeinträchtigungen für den motorisierten Verkehr. Zudem wird die erhebliche Trennwirkung der Straße für den Stadtteil Rüppurr dadurch verringert. Nun ist als zweiter Teil der Maßnahme der Rückbau der Straße in Richtung Innenstadt vorgesehen. Allerdings ist er im Haushalt erst für 2019/2020 eingeplant. Wir möchten aber die Bevölkerung möglichst bald entlasten und wollen deshalb den Baubeginn ins Jahr 2017 vorziehen.
27	Umsetzung des Zookonzeptes: Wasserspiele sollen nicht realisiert werden		376	6800		-156.000	-156.000	Für den Zoo sind im Doppelhaushalt 4,2 Mio. Euro an Investitionen vorgesehen. Dringend notwendig sind Investitionen in die Verbesserungen der Tierhaltung von Bestandstieren. Auch im Bereich Zoo muss im Rahmen der Haushaltskonsolidierung eine Fokussierung auf dringliche Aufgaben stattfinden.

	A	B	C	D	E	F	G	H
1	**Antragstitel**	**Interfraktionell mit**	**Seite im HH-Plan**	**Teilhaushalt**	**Produktbereich bzw. Investive Maßnahme**	**Betrag € 2017**	**Betrag € 2018**	**Begründungstext**
28	Umsetzung des Zookonzeptes: Bau einer neuen Auerhuhn-Anlage soll verschoben werden		380	6800	7.680.020		-420.000	Für den Zoo sind im Doppelhaushalt 4,2 Mio. Euro an Investitionen vorgesehen. Dringend notwendig sind Investitionen in die Verbesserungen der Tierhaltung von Bestandstieren. Derzeit ist die Maßnahme der Erweiterung des Giraffenhauses, Laufstall und Hausumbau erst für den Haushalt 2019/2020 vorgesehen. Aufgrund der deutlich verfehlten Mindestanforderungen des Säugetiergutachtens 2014 sowie nicht mehr zeitgemäßen Sicherheitsanforderungen ist für das Giraffenhaus jedoch prioritärer Handlungsbedarf geboten. Dem gegenüber kann eine neue Auerhuhn-Anlage auf den nächsten Doppelhaushalt verschoben und die dafür vorgesehenen Mittel für eine Verbesserung der Bestandsanlagen verwendet werden.
29	Umsetzung des Zookonzeptes: Vorziehen der Maßnahme Giraffenhaus als Teil der neuen Afrika-Savanne		382	6800	7.680.026		563.000	Derzeit ist die Maßnahme der Erweiterung des Giraffenhauses, Laufstall und Hausumbau erst für den Haushalt 2019/2020 vorgesehen. Nach Einschätzung der Verwaltung und Richtwerten des Säugetiergutachtens 2014 ist bei der Giraffenhaltung dringender Handlungsbedarf geboten. So werden Anforderungen an Außen- und Innenbereich nicht erfüllt. Zudem müssen Anpassungen an derzeitige Sicherheitsvorschriften vorgenommen werden. Der Sperrvermerk wird aufgehoben, wenn im Lauf des Jahres 2017 eine kostenkontrollierte Planung des Giraffenhauses vorgelegt wurde.

	A	B	C	D	E	F	G	H
1	**Antragstitel**	**Interfraktionell mit**	**Seite im HH-Plan**	**Teilhaushalt**	**Produktbereich bzw. Investive Maßnahme**	**Betrag € 2017**	**Betrag € 2018**	**Begründungstext**
30	Verstärkte Zweckbindung von Mitteln der Kfz-Beschaffung zum Aufbau einer Infrastruktur für e-mobility und eines städtischen Elektrofahrzeug-Pools	KULT	407/409	7000	7.702001 - Zweckbindung vorhandener Mittel in Höhe von 400.000 Euro pro Jahr			Die im DHH-Entwurf beschriebene „Zweckbindung von Mitteln der Fuhrparkbeschaffung zum weiteren Ausbau einer Infrastruktur für e-mobility und eines städtischen Elektrofahrzeug-Pools“ ist nicht mit Beträgen hinterlegt.Mit dem diesbezüglichen KULT-Antrag zum Doppelhaushalt 2015/2016, von einer breiten Mehrheit des Gemeinderates unterstützt, wurde eine Entwicklung eingeleitet, die jetzt verstetigt werden muss. Das von der Verwaltung vorgelegte E-Mobilitätskonzept hat stark das elektrische Automobil im Blick. Jetzt sollte die mit dem Überbegriff „Elektro-Fahrrad“ verbundene Mobilität in den Fokus rücken, um um - investive und laufende Kosten zu senken - den Energieverbrauch zu minimieren - einen effektiven Beitrag für den Klimaschutz zu leisten - den Verkehrsfluss in der Innenstadt zu optimieren - vom Parkplatzangebot vor Ort unabhängig zu sein - und um die Gesundheit der städtischen Mitarbeiter zu fördern. Kostenvorteile gegenüber herkömmlichen Fahrzeugen bestehen unter anderem durch - den Ersatz großer Pkw durch kleine E-Pkw - den Ersatz von Autofahrten durch Fahrten mit E-Zwei- und E-Dreirädern - den günstigeren Treibstoff und geringeren Wartungsaufwand - Steuervorteile - Verknüpfung mit der Geschäftstätigkeit städtischer Tochterfirmen wie Stadtwerke und Verkehrs-betriebe. Die beschafften Mobile müssen nicht zwingend alle von der Stadtverwaltung direkt, sondern ggf. auch durch andere Anbieter (etwa Stadtmobil) gewartet, verteilt und abgerechnet werden. Der "Konzern Stadt" sollte auf einen Teil der Fahrzeuge exklusiven Zugriff haben
31	Verbraucherberatungsstelle - Angebot erhalten		452	8000	57/5710-800	8.500	8.500	Die Verbraucherzentrale informiert unabhängig von Anbieterinteressen die Verbraucherinnen und Verbraucher in Fragen des privaten Konsums, berät und unterstützt sie. Sie verschafft Überblick bei unübersichtlichen Angebotsmärkten und Durchblick bei komplexen Marktbedingungen. Das ist in der heutigen Zeit wichtiger denn je. Um die Verbraucherberatungsstelle in Karlsruhe zu erhalten, muss deshalb der sehr geringe Zuschuss dringend beibehalten werden.
32	Modernisierung Stadthalle - Kürzung der eingestellten Mittel		522	8800	7.888.405	-2.000.000	-3.000.000	Es liegen noch keine abschließenden Informationen für das Vorhaben vor. Die Begründung erfolgt daher mündlich.